

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Bezugnahme 1 Mk. 25 Pf. — Alle Postämter, für Berlin alle Postämter, nehmen Bestellungen an. — Inlerate pro Zeile: Geschäftsangabe, 25 Pf., Samstagsangabe, 15 Pf., Vereinsanzeigen 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Ostfildenerstr. 22/23. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

dem

Zentralrathe der Deutschen Gewerksvereine

(Dirkt.-Zurder).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche Franco an den Verbandsleiter Rudolf Klein, N.O., Ostfildenerstr. 22/23, einzuliefern sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 23.

Berlin, 8. Juni 1906.

achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Zur Arbeitslosenversicherung. — Die badische Fabrikeninspektion für 1905. — Die deutsche Studentenkommision in England. — Die amerikanischen Gewerksvereine. — Wohlenhausen. — Gewerksvereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Zur Arbeitslosenversicherung.

Am 31. Januar 1902 wurde vom Deutschen Reichstage eine von den Abgg. Bassermann, Hübe, Pachnicke und Köfke unterzeichnete Resolution angenommen, den Herrn Reichsanwalt zu erlauben, eine aus Vertretern der verbündeten Regierungen, aus Mitgliedern des Reichstages und sonstigen auf diesem Gebiete erfahrenen Männern bestehende Kommission zu bilden, welche die Aufgabe hat, die bisher seitens der Berufsvereine, einzelner Unternehmer und Gemeinden gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit getroffenen Versicherungsanstaltungen zu prüfen und Vorschläge über eine zweckmäßige Ausgestaltung dieses Zweiges der Versicherung zu machen.

Der Bundesrat beschloß darauf am 30. Oktober 1902, daß das Kaiserlich Statistische Amt feststellen solle, welche Einrichtungen bezüglich der Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bisher getroffen und welche Ergebnisse dadurch erzielt worden sind. 3 1/2 Jahre hat es gedauert, bis das Statistische Amt diese Aufgabe erledigt hat. Jetzt liegt uns als Resultat seiner Arbeiten ein dreihändiges Werk von 1450 Seiten vor, das den Titel führt: „Die bestehenden Einrichtungen zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit im Ausland und im Deutschen Reich“. Was man zu der Frage der Arbeitslosenversicherung stehen, wie man will, so muß doch anerkannt werden, daß das Kaiserlich Statistische Amt mit diesem Werke eine sehr anerkannter Leistung vollbracht hat. Natürlich ist es bei der Kürze der Zeit nicht möglich, schon heute den ganzen Inhalt kritisch zu behandeln. Wir müssen uns mit einem kurzen Auszug begnügen und fahren dabei am besten, wenn wir wortgetreu das Schlussergebnis bringen, zu dem die Denkschrift in ihrem ersten Teile selbst kommt.

Die Darstellung der Tatsachen der Arbeitslosigkeit ergab, daß es sich bei der vorübergehenden Arbeitslosigkeit begrenzter Personenzahlen in der Volkswirtschaft um eine wirtschaftliche Erscheinung handelt, welcher eine gewisse Regelmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit zukommt, die sowohl nach dem Zeitpunkt wie nach der Dauer und dem Umfang auf Grund längerer Beobachtung als schätzbar zu betrachten ist und unter diesem Gesichtspunkt an sich für eine Versicherung unter versicherungstechnischen Gesichtspunkten unüberwindliche Schwierigkeiten wohl nicht bieten würde. Sie ergab ferner, daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufen sehr verschieden ist, dementsprechend auch das Bedürfnis einer Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit nicht gleichmäßig in allen Berufen besteht. Auf der anderen Seite zeigte sich, daß in einigen Berufen (Landwirtschaft, Innenshiffahrt, Baugewerbe) die vorübergehende Einstellung des Gewerbes während einer gewissen Zeit des Jahres einen Bestandteil der Betriebsweise dieser Gewerbe bildet und zum Teil in den Lohnverhältnissen dieser Gewerbe Ausdruck findet, zum Teil mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse eine besondere Beurteilung der Bedeutung der Arbeitslosigkeit erfordert (Landwirtschaft).

Die Schwierigkeiten, welche sich für eine Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit ergeben, liegen viel mehr nach anderer Richtung. Sie ergeben sich vor allem bei der Feststellung und Begrenzung der zur Unterhaltung berechtigenden Arbeitslosigkeit und bei der Kontrolle der Durchführung dieser Feststellung in der Praxis. Sie zeigen sich weiter bei der Regelung der Annahmepflicht von Arbeit. Das Problem der Kontrolle der Arbeitslosigkeit großer Massen unorganisirter Arbeitslosen ist praktisch noch an keiner Stelle gelöst worden.

Was die verschiedenen Formen der Lösung anlangte, welche öffentliche Mittel für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung bereitstellen wollen, so ergab sich, daß bei allgemeiner obligatorischer Arbeitslosenversicherung — die

nur einmal in St. Gallen praktisch geworden ist — in weitem Maße Zufallsfälle mit Kosten belegt werden, für welche die Gefahr der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht besteht oder sehr gering ist, daß aber andererseits eine wirklich dem Risiko entsprechende Abturtung der Beiträge sehr schwierig ist. Abgesehen von der Frage des Bedürfnisses, der Vermeidung eines solchen Umfangs zu geben, trat hervor, daß jede bürokratische allg. eine Versicherung genötigt ist, Kautelen zu schaffen und den Begriff der unterstützungsfähigen Arbeitslosigkeit in einer Weise einzuschränken, die leicht von den Arbeitern als eine Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit und eine Schädigung der von ihren Kapverhältnissen angestrebten Ziele empfunden wird. Es zeigte sich das insbesondere bei der Behandlung der Frage der Kündigung seitens des Arbeiters und der Regelung der Annahmepflicht von Arbeit. Bei großem Umfang der Versicherung ist die Gefahr des Mißbrauchs der Versicherung hier besonders groß. Die Kontrolle lediglich durch den Arbeitsnachweis hat sich als genügend wirksam bisher nicht erwiesen, die Möglichkeit der Annahme von Beschäftigung und des Erwerbs von Nebenberufen ist trotz dieser Kontrolle gegeben. Es muß auch noch dahin gestellt bleiben, ob in großstädtischen Verhältnissen der Arbeitsnachweis überhaupt in der Lage ist, den für ihn bei allgemeiner obligatorischer Arbeitslosenversicherung sich ergebenden Anforderungen gerecht zu werden.

Die Lösungen, welche die Arbeitslosenversicherung faktativ gestalten wollen, können von vornherein nur auf diejenigen Kreise rechnen, welche selbst das Bedürfnis zur Versicherung empfinden. Das sind, abgesehen von den organisierten Arbeitern, erfahrungsgemäß nur wenige Kreise. Bei den am stärksten gefährdeten Arbeitern fehlt, soweit darüber Erhebungen vorliegen, teils die eigene Initiative zur Versicherung, teils die Möglichkeit, von dem Einkommen den Betrag der Beiträge regelmäßig aufzubringen. Faktative Arbeitslosenversicherungen haben daher immer nur mit einer beschränkten Mitgliederzahl aus den leistungsfähigsten Arbeiterkreisen zu rechnen. In den bestehenden Arbeitslosenversicherungen dieser Art sind es vor allem die Bauarbeiter, welche auf diese Weise Vorzüge getroffen haben.

Als ein Mittelweg zwischen der Einrichtung allgemeiner obligatorischer oder fakultativer Arbeitslosenversicherungen, der an sich große Vorzüge in sich vereinigt und in Belgien und in Frankreich von Seiten der Staatsregierung betreten worden ist, ergab sich das System des Zuschusses an die bestehenden Unterstützungsanstaltungen der Arbeiterverbände und sonstigen Organisationen, welche die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit ausüben durch öffentliche Organe. Es zeigte sich indessen, daß die Projektionen der organisierten Arbeiter in den meisten Ländern nur verhältnismäßig gering ist, so daß der weitaus überwiegende Teil der Arbeiter auf diese Weise gar nicht berücksichtigt wird. Dies zu verhindern und einen Ausgleich für die unorganisierten Arbeiter durch Gewährung von Zuschüssen zu Sparanlagen zu schaffen, hat sich überall als schwierig gezeigt. Derartige Einrichtungen haben bisher, wo sie versucht worden sind, eine Bedeutung nicht zu erlangen vermocht. Ergänzende, allgemeine Versicherungsanstalten andererseits bestehen noch nirgends, wären aber als Ausgleich für die nicht organisierten Arbeiter in diesem Falle erforderlich. Eine Weiterbildung der Lösungen in Belgien und Frankreich bedeutet die Vorschläge, die zuerst von den zur Beratung dieser Frage eingesetzten Kommissionen in Norwegen und Dänemark gemacht worden sind, in welchen versucht ist, wesentlichen Gedanken, die bei einer einseitigen Gewährung von Zuschüssen nur an die in Fachverbänden organisierten Arbeiter bestehen würden, in besserer Weise zu begegnen, als es bisher durch die Schaffung von Sparanlagen für unorganisierte Arbeiter geschehen ist. Ueber die Gewährung aller dieser Lösungen, die sich mit Ausnahme von Belgien erst noch in dem Stadium des ersten Versuches oder des Projekts befinden, liegen, soweit es sich um die Beteiligung des Staates handelt, Ergebnisse noch nicht vor, welche ein abschließendes Urteil gestatten würden. Soweit es sich um die Mitwirkung der Gemeinde handelt, sind die Erfahrungen in Belgien im ganzen wohl bisher nicht ungünstig gewesen. Die zum Teil nicht unerheblichen Bedenken, welche indessen auch diesen Lösungen gegenüber bestehen, sind in den einzelnen Kapiteln des näheren dargelegt worden.

Die Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit durch Selbsthilfe ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel ist für begrenzte Arbeiterkreise in wachsendem Umfang in allen Ländern gelungen, einestheils in der gemeinschaftlichen Organisation, andererseits in Anlehnung an die Form des Konsumvereins. Die Arbeiter erkennen aber die alleinige Selbsthilfe als die normale Form der Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit nur begrenzt an und stehen auf dem grundsätzlichen Standpunkt,

die Tatsache bestätigt, daß von 26 bedeutenderen Gruppentreffen nur 4 erfolglos blieben, während 11 zu einem teilweisen, 14 zu einem vollen Erfolg für die Arbeiter führten.

Je geschlossener die Arbeiterschaft zusammensteht, desto fester wird ihr Bestreben, Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen von Erfolg begleitet sein, besonders wenn sie Rückhalt an einer starken Organisation hat. Unverkennbar erscheint es, wie die Organisationen durch gegenseitiges Sichbefähigen ihre Position schwächen können. Verwerflich ist der Egoismus, der in Friedensverträgen die Bedingungen aufgenommen wissen will, daß die Vorteile des Vertrages nicht der Arbeiterschaft, sondern nur den Mitgliedern einer gewissen Organisation zugute kommen sollen.

Hierauf werden Zahlen über die Entwicklung verschiedener Organisationen angeführt mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß der im Vorjahre von der Fabrikeninspektion erlassenen Aufforderung zur Vierung statistischer Materials nur die erwähnten Organisationen nachgekommen seien. Unsere Verbandsangehörigen in Baden fehlen darunter leider, trotz wiederholt gegebener Anregung, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Hoffentlich sind sie in diesem Jahre nicht so launig.

Die deutsche Studienkommission in England.

(Schluß aus Nr. 21.)

Einen interessanten Einblick in die Organisation der Association for Iron- and Steel-Workers of Great Britain (Vereinigung der Eisen- und Stahlarbeiter Großbritanniens) erhielt die nach England entsandte Kommission in Middleborough in einer Konferenz mit dem Generalsekretär dieser Organisation Mr. Cox. Zu der genannten Vereinigung gehören die Buddler und Walzwerksarbeiter, während die Hochofenarbeiter wieder einen eigenen Verband haben. Es ist absolut falsch, wenn geglaubt wird, daß die englischen Arbeiter in großen einheitlichen Verbänden organisiert seien, sondern es gibt eine ganze Anzahl von Organisationen, die mehr auf den einzelnen Berufsweig oder einzelne Landessteile zugeschnitten sind, die aber nicht das sind, was in Deutschland unter nationaler Organisation oder unter Industrieverbänden verstanden wird. Man hält in England die Trennung der Arbeiter nach einzelnen Berufsgruppen, die sehr oft an das Zünftlerische streift, für besser als die Vereinigung in großen Industrieverbänden, indem man dabei von dem Gedanken ausgeht, daß die Regelung der Lohnverhältnisse von wirklichen Sachverständigen (Experten), die den Beruf oder die Branche ganz genau kennen, besser wahrgenommen werden kann als von anderen Leuten, die außerhalb des betreffenden Zweiges gearbeitet haben. Man würde hier beispielsweise einen Arbeitersekretär, der früher Schlosser oder Dreher war, nicht mit der Regelung von Lohnfragen für die Walzwerksarbeiter beauftragen.

Die Vereinigung der Eisen- und Stahlarbeiter Englands hat 7000 Mitglieder; das ist ungefähr die Hälfte aller Arbeiter dieses Berufs. Die wöchentlichen Beiträge betragen 4 Pence = rund 35 Pfennig. Außer einer Sterbekasse und dem Rechtsschutz sind besondere Unterstützungen, abgesehen von Streikfällen, in dieser Organisation nicht vorhanden.

Die Lohnverhältnisse sind durch eine „gleitende Skala“ geregelt, die sich nach dem Verkaufspreis des Eisens richtet. Steigt der Preis des fertigen Eisens, dann zieht diese Preissteigerung auch eine Lohn-erhöhung nach sich, und fällt der Eisenpreis, dann sinkt auch der Lohn. Das System der Berechnung dieser gleitenden Skala soll an anderer Stelle näher erörtert werden. Beachtenswert ist, daß die Bergleute die gleitende Skala beiseite gelassen haben, während sie die Eisen- und Stahlarbeiter aufrecht erhalten wollen. Der Grund hierfür dürfte darin zu suchen sein, daß der Arbeitslohn im Bergbau einen viel größeren Teil der Produktionskosten verschlingt als in der Röhrenindustrie.

In der Konferenz mit Cox wurde der Kommission auch die erforderliche Aufklärung über die Vermittlungs- und Schiedsgerichtsinrichtungen des betreffenden Industriezweiges gegeben.

Als eine besondere englische Eigentümlichkeit ist der Umstand zu betrachten, daß während der Verhandlungen mit dem Arbeitersekretär Cox auch der Sekretär der Unternehmerorganisation Mr. Wimpenny erschien, der ebenfalls in bereitwilliger Weise Aufklärungen gab. Man muß die gesellschaftliche Gleichstellung der beiderseitigen Sekretäre gesehen haben, um verstehen zu können, wie die Einigung beider Produktionsfaktoren in der Frage des Arbeitsverhältnisses geschehen kann.

Eine weitere Konferenz hatte die Kommission mit dem Arbeitersekretär Loughran, Generalsekretär der Hochofenarbeiter. Diese Organisation umfaßt 3000 Mitglieder und besteht seit 25 Jahren. Auch hier gilt die gleitende Lohnskala mit einem Mindestlohn. Die Organisationsform und die Einigungsseinrichtungen sind im wesentlichen dieselben wie bei den Buddlern und Walzern. Bei den Hochofenarbeitern besteht das Bonusystem, d. h. sobald eine bestimmte Menge Eisen produziert ist, beispielsweise 600 Tons pro Woche, erhalten die an den Ofen Beschäftigten Arbeiter für jede Tonne Mehrleistung eine Prämie.

Eine weitere Konferenz hatte die Kommission mit dem Sekretär der Cleveland Mine Owners und der Cleveland Ironmaster Association, (Bergwerksbesitzer und Eisenwerksbesitzer), der über die

Organisation dieser Verbände der Arbeitgeber sowie über die Einigungs- und Schiedsgerichtseinrichtungen Aufschluß gab.

Des weiteren fand eine Konferenz mit einem der bedeutendsten Eisenhüttenleute Englands, Hugh Bell, statt, der sich einer Besichtigung einiger großen Hochofen- und Walzwerke anschloß. Die Kommission reiste darauf nach Newcastle.

Nach ihrer Ankunft in Newcastle an Tyne informierte sich die Kommission eingehend über die im Kohlebergbau von Durham und Northumberland bestehenden Verhältnisse. Es ergab sich hierbei, daß die Arbeitszeit der Kohlenhauer, einschließlich Ein- und Ausfahrt (from bank to bank), nicht mehr als sieben Stunden pro Tag beträgt. Die deutschen Grubenbesitzer wollen bekanntlich die Zeit der Ein- und Ausfahrt nicht mit in die Arbeitszeit einrechnen. In den Bezirken Durham und Northumberland werden die Arbeitsstellen für die Kohlenhauer alle Monate ausgelost, damit nicht der Eine immer gute, der Andere dagegen immer schlechte Arbeit hat. Beachtenswert ist, daß die verheirateten Kohlenhauer von der Jede freie Wohnung und freie Kohle erhalten. Das Minimum des Verdienstes beträgt 5 Schilling 7 1/2 Pence = 5,70 Mk.

Einen Einblick in die Verhältnisse des englischen Maschinenbaues erhielt die Kommission durch den Besuch der Schiffsbau- und Maschinenfabrik von R. & W. Hawthorn, Leslie and Co. Limited in Newcastle. In dieser Fabrik besteht nur bei einigen Arbeiten in der Reifschmiede Afordarbeit; alles andere, in der Dreherei, Schlosserei usw. wird im Zeitlohn hergestellt, wobei die Gewerkevereinslöhne die Grundlage bilden. Diese beträgt 36 Schilling = 36 Mk. pro Woche.

Hierauf hatte die Kommission eine sehr aufklärende Konferenz mit den leitenden Personen der Ortsgruppe Newcastle vom englischen Gewerkeverein der Maschinenbauer, von der beide Teile profitiert haben werden.

Um die in der Kohlenindustrie herrschenden Zustände an Ort und Stelle kennen zu lernen, wurde die in der Nähe von Durham liegende Kohlengrube Brownay besichtigt und eine Einfahrt unternommen.

Schließlich konnte in Newcastle noch eine Konferenz mit dem Sekretär Robinson vom Arbeitgeberverband für die Schiffbauindustrie abgehalten werden; dann ging die Reise weiter nach Glasgow. Das heißt, sie sollte bis Glasgow gehen, aber die englischen Eisenbahnverhältnisse wollten es anders. Infolge der auch im Eisenbahnverkehr herrschenden Sonntagsruhe mußte die Kommission in Edinburgh von Sonnabend Abend 11 Uhr bis Sonntag Abend liegen bleiben. Das verursachte jedoch keinen weiteren Schaden, denn Sonntags kann doch nichts getan werden, außerdem bietet gerade Edinburgh, die „Perle von Schottland“ außerordentlich viele Sehenswürdigkeiten.

Der Aufenthalt in Glasgow war dem Studium von drei Einigungsämtern gewidmet und zwar erstens für die Stahlarbeiter, zweitens für die Walzwerksarbeiter und drittens für die Hochofenarbeiter. Für diese drei Industriezweige fungiert der Generalsekretär Gavin von der Iron- and Steel Workers of West of Scotland (Eisen- und Stahlarbeiter von West-Schottland) als Arbeitersekretär. Bei der diesbezüglichen Konferenz war sowohl Gavin als Arbeitersekretär wie auch der Sekretär der Unternehmervereinigung Pearson zugegen, ein Zeichen gemeinsamer Tätigkeit auf dem Boden der Gleichberechtigung.

Von Glasgow führte die Reise wieder nach London, wo der Aufenthalt noch manche Aufklärungen bezüglich der englischen Arbeiterverhältnisse brachte. Eine Exkursion in die Londoner Docksanlagen gab einen Blick über den Umfang des englischen Handels und der Schifffahrt. Entgegen der in Deutschland verbreiteten Ansicht über das rege Leben und Treiben in den Westindien-Docks fand die Kommission jedoch gerade in diesen Docks eine auffallende Stille, die damit erklärt wurde, daß die bisher hier vorhanden gewesene Geschäftstätigkeit jetzt mehr in die Außen docks verplantzt sei. Arbeitslose, die auf Beschäftigung warteten, standen in den Westindien-Docks in nicht unbedeutender Anzahl herum.

Zur Vervollständigung der bisherigen Untersuchungen über die Verhältnisse der Kohlenbergleute trug eine Unterredung mit zwei Führern der Bergarbeiter von Lancashire bei. Wilson und Glower sind jahrzehntelang als Führer dieser Bergarbeiter tätig. Beide führen hinter ihren Namen die Buchstaben M. P., d. h. sie sind Mitglieder des Parlaments. Beachtenswert ist dabei, daß Wilson ebenso wie die meisten anderen Gewerkevereiner nicht der neuen Arbeiterpartei angehört, sondern der alten liberalen Partei. Diese beiden Veteranen der englischen Trade Unions gaben der Kommission bereitwillig die gewünschte Auskunft.

Ueber die Zustände in der Baumwollenweberei im nördlichen England gab Shakleton, ein Führer dieser Bewegung und ebenfalls Parlamentsmitglied, Aufklärung. Hierbei ist zu beachten, daß 100000 Baumwollenweber in Nordengland organisiert sind; nur 10000 gehören der Organisation nicht an. 35 einzelne Organisationen dieses Berufes, von denen eine jede ihre eigene Verwaltung hat, sind zu einer Föderation zusammengeschlossen. Die Mitglieder dieser einzelnen Organisationen betragen 200 in der kleinsten und rund 15000 in der größten Organisation dieser Branche. Auch hier bestehen vereinbarte Lohnlisten, sogenannte univierselle Listen. Kein Arbeiter darf unter diesen Lohnlisten arbeiten. Von der Gesamtzahl aller in Webereien Nordenglands beschäftigten Personen sind

daß die Verweisung des Arbeiters auf die Selbsthilfe ihn zu Unrecht belaste, da die Arbeitslosigkeit eine Solidarversicherung der geltenden Wirtschaftsordnung sei und daher die Kosten der Sicherstellung gegen sie von der Gesamtheit zu tragen seien: Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß dieser Gesichtspunkt sich nicht auf die Handarbeiter beschränken läßt, sondern in gleicher Weise von allen wirtschaftlich unselbständigen Personen geltend gemacht werden kann und daß diese Art der Begründung in ihren Konsequenzen zu der Forderung einer öffentlichen Versicherung aller wirtschaftlich unselbständigen Personen führt.

Der Einwand, daß die Verweisung auf die Selbsthilfe den Arbeiter zu Unrecht belaste, wird auch erhoben gegen den Sparwahn, der als Ersatzmittel der Arbeitslosenversicherung und im Gegensatz zu dem Prinzip der Versicherung „alle für einen“ auf der Grundlage des individualistischen Grundgedankes „jeder für sich selbst“ zu einer Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit vorschlagen worden ist.

Alle Vorschläge sind darin einig, und alle praktischen Erfahrungen haben ergeben, daß von wesentlicher Bedeutung für jede Form einer Arbeitslosenversicherung die Unterstützung und Versicherung des Vorhandenseins und die Vervollständigung der Arbeitslosenversicherung ist.

Im zweiten Teile des Werkes wird der Stand der gemeinnützigen Arbeitsvermittlung öffentlicher und privater Verbände im Deutschen Reich geschildert. Der dritte Teil enthält lediglich Anlagen mit statistischen Tabellen, Verordnungen, Statuten und dergl.

Unsere Stellung zur Frage der Arbeitslosenversicherung ist festgelegt. Wir halten an dem Grundgedanke fest, daß allein die auf Freiwilligkeit beruhenden Arbeiterberufsvereine die Träger dieses wichtigen Zweiges der Arbeiterversicherung sein können. In dieser Anschauung sind wir nur noch bekräftigt worden durch die oben zum Ausdruck gebrachten Tatsachen. Selbstverständlich werden wir nicht veräußern, demnächst die ganze Frage von unserm prinzipiellen Standpunkt aus zu behandeln und dabei auch das Werk des statistischen Amtes gebührend berücksichtigen.

1. Die badische Fabrikeninspektion für 1905.

II.

In 2973 Betrieben (gegen 2951 im Vorjahre) waren im ganzen 66294 Arbeiterinnen (gegen 63810 im Jahre 1904) beschäftigt. Das bedeutet 31,1 pCt. (31,9) der Gesamtarbeiterzahl. Die beiden für die industrielle Frauenarbeit wichtigsten Gruppen sind die Zigarren- und die Textilindustrie. Sie beanspruchten im Jahre 1905 24221 (gegen 23847) oder 36,5 (37,4) pCt. bzw. 18309 (17243) oder 27,6 (27,0) pCt. der überhaupt beschäftigten Arbeiterinnen. Es befanden sich also, wie schon seit Jahren, etwa zwei Drittel der Industriearbeiterinnen in diesen beiden großen Gruppen vereinigt.

In der Zigarrenindustrie überwiegt die Zahl der Arbeiterinnen die der männlichen Arbeiter bedeutend. Es stellt sich das Verhältnis beider in Prozentzahlen ausgedrückt wie folgt: Es waren 68,63 pCt. weiblich und nur 31,37 pCt. männlich. Unter den erwachsenen Arbeiterinnen ist wieder die Zahl der verheirateten und verwitweten Frauen prozentual viel schneller gewachsen als die Gesamtzahl. Während das Verhältnis im Jahre 1892 nur 31,5 pCt. betrug, ist es im verfloßenen Jahre auf 45,2 pCt. gestiegen.

Fast die Hälfte aller erwachsenen Arbeiterinnen besteht jetzt aus verheirateten Frauen, und mehr, und mehr tritt die Ehefrau an Stelle der Jugendlichen, deren Abnahme in der Zigarrenindustrie von den Unternehmern einmütig beklagt wird.

Zu fröhe Beschäftigung von Wöchnerinnen wurde in zwei Fällen festgestellt, einmal in einer Zigarrenfabrik, wo die Arbeiterin vor Ablauf von vier Wochen die Arbeit wieder aufgenommen hatte, das andere Mal in einer Papierfabrik, wo die Arbeiterin in der fünften Woche, aber auf Grund des Zeugnisses einer Hebamme, wieder eingestellt worden war. In einer Reihe von Fällen wurde beobachtet, daß die Krankenkassen bei früherer Wiederaufnahme der Beschäftigung auch die Kassenleistungen vor Ablauf der sechsten Woche abbuchen, wofür die gesetzliche Handhabe fehlt.

Ein schweres Vergehen gegen die Bestimmungen des Krankenversicherungsgeetzes wurde in einer Papierfabrik ermittelt, deren Kasse seit Jahren den unehelichen Wöchnerinnen auf Grund eines Reverses das Krankengeld vorenthalten hatte, und zwar angeblich, um die Sittlichkeit zu heben. Der Betriebsleiter wurde zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt. Den in den letzten zwei Jahren niedergekommenen Arbeiterinnen mußten die widerrechtlich vorenthaltenen Unterstützungsgelder nachträglich ausbezahlt werden. Und das von Rechts wegen! Jede Verkürzung der an sich schon knapp genug bemessenen Kassenleistungen an Wöchnerinnen schädigt nicht nur diese selbst, sondern in hohem Maße auch zugleich das Kind.

Die Zahl der für die 405 Betriebe bewilligten Ueberstunden erwachsener Arbeiterinnen belief sich auf 414256 (gegen 332041 im Vorjahre). Davon entfallen 225358 (gegen 175135) auf die Metallverarbeitung und 84770 auf die Textilindustrie.

Was nun die Art der Beschäftigung und deren Einfluß auf die Arbeiterinnen betrifft, so wurde der Versuch unternommen, den Einfluß der in Fußpressen und ähnlichen Maschinen in der Pforzheimer

Bijouterieindustrie tätigen Arbeiterinnen auf den weiblichen Organismus festzustellen. Da einerseits wiederholt von Arbeiterinnen darauf hingewiesen worden ist, daß die an Maschinen mit Fußbetrieb beschäftigten Frauen „ihre Minder nicht austragen könnten“, und da auch andererseits tatsächlich der Bezirk Pforzheim hinsichtlich der Fehl- und Frühgeburten einen sehr ungünstigen Platz in der Statistik des Landes einnimmt, so lag der Gedanke nahe, nach einem Zusammenhang zwischen diesen schlechten sanitären Zuständen und der spezifischen industriellen Frauenarbeit zu suchen.

Es muß mit lebhaftem Bedauern konstatiert werden, daß die Pforzheimer Ärzte die Fabrikeninspektion in keiner Weise bei ihrer Untersuchung durch Lieferung von brauchbarem und einwandfreiem Material unterstützt haben, wie zu erwarten gewesen wäre. Im Gegenteil, sie verweigerten vollständig. Von 40 durch Vermittlung des Bezirksarztes ausgegebenen Fragebogen liefen nur 4 Schreiben ein, von denen 3 die Beantwortung ablehnten. Das letzte, von einem Frauenarzte herrührende, gab nur einige allgemeine Gesichtspunkte. Bei mündlicher Rücksprache gaben die Ärzte übereinstimmend zu, daß eine schädigende Wirkung auf den Organismus der Frau bei dauerndem Bedienen von Fußpressen in gleicher Weise angenommen werden müßte, wie bei dem Treten der Nähmaschinen, für welches krankhafte Störungen in zahlreichen Fällen nachgewiesen worden seien.

Durch diese wenig ergiebigen und zurückhaltenden ärztlichen Äußerungen wurden die Aufschichtsbeamten in ihrer Ansicht bekräftigt, daß die Arbeiterinnen während der Menstruation nach Möglichkeit von der Arbeit an Fußpressen ferngehalten werden müssen. So konnte an diesem Punkte eingeleitet und wenigstens hier auf eine kleine Erleichterung für die Arbeiterin hingewirkt werden. Es wurde daher angeordnet, daß den an den Fußpressen beschäftigten Arbeiterinnen an den Tagen, während deren sie dieser Schonung bedürfen, durch eine Aufseherin eine leichtere Tätigkeit angewiesen werde. Wenn auch hier alles von dem guten Willen und der Einsicht der Beteiligten abhängt, so sehe zu hoffen — da die Arbeiterinnen Interesse für die angeregte Frage bekundeten —, daß sie die getroffene Einrichtung auch benutzen werden.

Was nun die Arbeitszeit der Arbeiter betrifft, so erfaßte das Streben nach einer Verkürzung derselben in erfreulichem Maße immer weitere Kreise. Natürlich liegt das treibende Moment größtenteils in der Arbeiterschaft selbst; es mehren sich aber auch die Fälle, in denen fortschrittliche und sozial empfindende Unternehmer aus freien Stücken an eine Einschränkung der Arbeitszeit gehen, ohne sich von dem mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck gebrachten Widerstand ihrer Standesgenossen aufhalten zu lassen.

Nur in kleinen, technisch und wirtschaftlich zurückgebliebenen Betrieben, insbesondere auf dem Lande, ist nicht nur kein Fortschritt, sondern mitunter sogar noch eine Verschlechterung gegenüber dem früheren Zustande zu verzeichnen.

Als typisch können die Zustände einer Säge des Schwarzwaldes gelten: Die drei Arbeiter, junge Männer von 18-25 Jahren, arbeiten von morgens 4 1/2 bis abends 8 Uhr mit Unterbrechung von je einer halben Stunde vor- und nachmittags und einer Pause von 10 bis 15 Minuten mittags. An Lohn bezog der 25jährige Oberfäger 1,50 M. täglich und das Essen, die beiden anderen Arbeiter erhielten bei freier Station 300 und 270 M. pro Jahr. Das Essen wies dabei nur einmal wöchentlich Fleisch auf.

Den Einfluß der „modernen“ Wirtschaftspolitik der Regierung auf die soziale Lage der Arbeiter charakterisiert folgender Satz höchst drastisch: „Die sehr erhebliche Steigerung der Fleischpreise hatte eine beträchtliche Zunahme des Konsums von Mehlware zur Folge.“

Das Interesse der Arbeiter für den Inhalt der ihnen zur Aeußerung vorgelegten Arbeitsordnungen läßt nach den Berichten immer zu wünschen übrig. Selten werden Einwände vorgebracht, selbst dann nicht, wenn nach dem Verhältnis des Arbeitgebers zu seinen Arbeitern etwaige Wünsche gern beachtet würden.

Die Streiks, Aussperrungen und Arbeiterorganisationen werden sehr eingehend in einem besonderen Abschnitt behandelt, auf den an dieser Stelle heute nicht näher eingegangen werden kann. Um aber die arbeiterfreundlichen, und von dem Geiste des sozialpolitischen Fortschrittes getragenen Ausführungen fennen zu lernen, sei noch im folgenden wörtlich wiedergegeben, wie der Einfluß der Arbeiterorganisation bei Streiks und diese selbst in Baden gewürdigt werden.

„In den Lohnkämpfen hat sich in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Veränderung dahin vollzogen, daß sich bei den Arbeitsverhältnissen ein größerer Zusammenhalt und eine innigere Geschlossenheit unter der Arbeiterschaft bemerkbar gemacht hat, daß die Forderungen präziser gestellt werden und endlich, daß es den Unternehmern immer schwieriger wird, Erfolg für die Streikenden zu gewinnen. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Organisierten . . . zunimmt, und daß bei diesen Arbeitern die Disziplinlosigkeit des Streibruchs so gut wie ausgeschlossen ist. Ferner ist aber auch . . . die Macht der Organisation in den Betrieben vielfach eine derartige, daß Arbeiter, auch wenn sie einer Organisation nicht angehören, sich scheuen müssen, in Streikfällen als Arbeitswillege aufzutreten, weil sie mit Bestimmtheit voraussehen können, daß ihres Bleibens nicht mehr ist, sobald die Differenzen beigelegt sind. Die zunehmende Widerstandsfähigkeit der Arbeiter wird durch

Die größten Vereinigungen, die dem Bunde nicht angeschlossen sind, sind diejenigen der Eisenbahnangestellten, und zwar die der Lokomotivführer, Lokomotivbeizer- und Zugbegleiterbrüderschaft mit einer Mitgliederzahl von 204 153. Die Wagenarbeiter, Bahnarbeiter und Eisenbahntelegographen haben sich dem Bunde angeschlossen. Der Bund der amerikanischen Gewerkschaften, wie überhaupt die Gewerkschaften, sind politisch neutral. Im letzten Jahre wurde seitens einzelner Organisationen der Versuch gemacht, eine zweite Landeszentrale zu gründen. Der zu diesem Zweck einberufene Kongress war von 70 Delegierten besucht, die 16 Organisationen mit 51 430 Mitglieder vertraten. Diese neue Organisation, die hauptsächlich sozialdemokratischen Charakter hat, will damit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung einen politischen Anstrich geben. Glücklicherweise hat diese Vereinigung wenig Anklang gefunden. Wir werden später noch Gelegenheit haben, auf die amerikanischen Gewerkschaften zurückzukommen.

Wochenschau.

Berlin, 5. Juni 1906

Der Friede in der Metallindustrie ist geschlossen und damit die von den Metallindustriellen angebrochte Ausperrung vermieden. Jeder, der den sozialen Frieden will und an der industriellen Entwicklung Interesse hat, muß darüber erfreut sein. Allerdings wird diese Freude wesentlich getrübt dadurch, daß die mit großem Lament in Szene gesetzte Formerbewegung den Arbeitern so wenig Vorteile gebracht hat, wenn man die ungeheuren Opfer betrachtet, die sie verschlungen hat. Wenn die sozialistische und Gewerkschaftspresse es jetzt so hinstellt, als bedeute der Friedensschluß einen Sieg für die Arbeiterchaft, so erinnert das an die Siegesnachrichten des russischen Oberbefehlshabers Kurapatkin, der in seinen Berichten den Japanern Niederlage auf Niederlage beibrachte, schließlich aber doch der Unterlegene war. Es ist von unserem Standpunkte aus geradezu eine Verhöhnung, ein Betrug, wenn man auf diese Weise die Arbeiter über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegtäuschen sucht. Aber freilich, man hat seinen guten Grund dafür. Das Misstrauen, das sich immer stärker in den Reihen der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes gegen die „geniale“ Leitung geltend gemacht, wird wenigstens bei dem weniger urteilsfähigen Teile für einen Moment abgeschwächt. Und wenn dann gar, wie das bereits geschehen ist und in den nächsten Tagen sicherlich noch in verstärktem Maße der Fall sein wird, noch gehörig auf die „Hürde“ geschimpft wird, dann schwindet schließlich auch der Rest dieses Misstrauens. Auf die Dauer — davon sind wir sehr überzeugt — wird sich aber diese Laune nicht halten lassen. Die Tatsachen selbst werden die betörten Massen aufklären und sie erkennen lassen, daß ihnen diese Art des Klassenkampfes nun und nimmer von Vorteil sein kann. In weiten Kreisen der Verbändler beginnt es bereits zu dämmern, und die Aufklärung, welche die nächste Zeit über den Verlauf und die „Erfolge“ der Formerbewegung bringen wird, auch über die Kräfte, die offen und verdeckt dabei im Spiele gewesen sind, wird ebenfalls dazu beitragen, den Arbeitern die Augen zu öffnen. Wir behalten es uns für die nächste Nummer vor, die ganze Bewegung im Zusammenhange zu beleuchten.

Gewerkschaftsblätter, darunter das „Korrespondenzblatt der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands“, den diesjährigen 1. Mai mit Stillstimmungen übergegangen haben. Da hätte man in denselben Parteiorganen keine Zeile von einer Enttäuschung gemerkt. Es ist wirklich bedauerlich, daß der „Korrespondent“ so ziemlich das einzige gewerkschaftliche Organ ist, das sich gegen die Bevormundung durch die sozialdemokratische Partei hier, wie auch sonst entschieden auflehnt. Es würde weit besser um die deutsche Arbeiterbewegung bestellt sein, wenn die Arbeiterorganisationen im allgemeinen ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit von jeder politischen Partei ebenso energisch wahren würden, wie es seitens des Verbandes der Buchdrucker geschieht.

Vom Rücktritt des Staatssekretärs Grafen v. Posadowski war in den letzten Tagen vor dem Flugstreite in den Tageszeitungen viel die Rede. Er würde noch im Laufe des Sommers seinen jetzigen Posten mit dem eines Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vertauschen und zum Nachfolger den preussischen Minister des Innern Herrn v. Bethmann-Hollweg erhalten. Im allgemeinen hat die Nachricht in der Presse wenig Glauben gefunden. Nur die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ tut trotz ihrer Bedenken an der Zuverlässigkeit der Meldung so, als wenn sie doch nicht ganz aus der Luft gegriffen sei. Die Art, wie Graf v. Posadowski zur Rede des Obersten v. Deimling Stellung genommen hat, habe an maßgebenden Stellen nicht gefallen.

Den Agrariern ist der Staatssekretär des Innern trotz seines weiten Entgegenkommens bei der Festsetzung des Jostiaris dennoch in der Seele verhaßt. Ihnen wäre es gewiß sehr angenehm, wenn er seinen Platz einem anderen Manne irri machte, der ihren Anschauungen noch mehr Rechnung trägt. Auch die Schornacher würden den Tausch segnen, an dem Graf v. Posadowski aus seiner jetzigen Stellung scheidet. An offenen und versteckten Agitationen gegen ihn hat es daher denn auch nicht gefehlt. Zeitweilig wurde gerade von dieser Seite ein förmliches Keilstreifen gegen ihn veranlaßt, so daß man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß das plötzliche austauschende Gerücht von dem Rücktritt des Staatssekretärs von agrarisch-schornacherischer Seite in die Presse lanciert worden ist, gleichsam um einen Fühler herauszustrecken, wie an maßgebender Stelle die Nachricht wohl aufgenommen wird. Wir glauben nicht an die Meldung, da die Regierung eine Kraft wie die des Grafen v. Posadowski gegenwärtig nicht entbehren kann. Er überträgt an Kenntnissen und Arbeitskraft alle seine Amtskollegen um ein Bedeutendes, so daß sein Rücktritt zweifellos einen schweren Verlust bedeute. Wir haben dem Staatssekretär gewiß oftmals scharf entgegengetreten müssen, und seine Vertretung der Justizhausvorlage wird niemals von uns vergessen werden. Das hindert aber nicht, auch seine Vorzüge anzuerkennen, und dazu rechnen wir seine reichen Fähigkeiten, sein soziales Verständnis und die Entschiedenheit, mit der er jeder Zeit Anschauungen, die mit den seinigen nicht übereinstimmen, entschieden zurückwies, sie mochten kommen, von welcher Seite sie wollten. Diese Vorzüge und das Bewußtsein, daß sein Besseres gegenwärtig an seine Stelle treten würde, würden uns den Rücktritt des Grafen v. Posadowski bedauern lassen.

Mit der Abänderung des § 63 des Handelsgesetzbuches hat sich kurz vor der Vertagung noch die zu diesem Zwecke eingesetzte Reichstagskommission beschäftigt. Im Vordergrund der Beratung stand der Antrag Bassermann, nach welchem der Abzug 1 dieses Paragraphen zwingendes Recht werden soll. Der Vertreter des Reichsanwaltes des Innern wendete sich gegen den Vorschlag, indem er ausführt, man solle den Handlungsgehilfen keine neuen Privilegien gewähren. Der Fortbezug des Gehaltes neben dem Krankengeld würde Anlaß zur Simulation geben; auch würden die kleinen Gehälter erheblich belastet werden. Er schlug vor, den Gehaltsabzug zu verbieten, aber den Abzug des Krankengeldes zuzulassen. Er glaubt jedoch kaum, daß die Regierung der geplanten Abänderung zustimmen werde. Der Vertreter des preussischen Handelsministeriums berichtete, daß eine Umfrage bei den Handelskammern deren Gegnerschaft zu der geplanten Gehaltsänderung ergeben habe. Mindestens müsse der Abzug des Krankengeldes gestattet bleiben.

Aus der Kommission heraus wurde gerügt, daß das preussische Handelsministerium sich lediglich an die Handelskammern und nicht an die Kaufmannsgerichte und Gehilfenorganisationen gewendet habe; dort hätte es treffendere Auskunft bekommen. Der Antrag Bassermann wurde einstimmig angenommen. Es wurde auch beschlossen, dieselbe Vergünstigung den technischen Angestellten und Wertarbeitern zuteil werden zu lassen. Abgelehnt wurde dagegen ein von sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag, auch den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, nach welchem der Dienstverpflichtete den Anspruch auf den Lohn nicht verliert, wenn er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird, zu zwingendem Recht zu erklären. Hauptsächlich stellt sich auch der Reichstag nach Wiederaufnahme seiner Arbeiten auf den Standpunkt der Kommission.

Das furchtbare Bomben-Attentat, das gelegentlich der Hochzeit des Königs Alfons von Spanien mit der Prinzessin Ena von Battenberg in Madrid verübt worden ist, hält noch immer alle Geister in

Die diesjährige Maifeier läßt die Gemüter noch immer nicht zur Ruhe kommen. Noch gibt es eine große Zahl von Arbeitern — wir erinnern nur an Oberschöneweide bei Berlin — die den Segen des Weltfeiertags noch jetzt an ihrem Magen empfinden und beschäftigungslos auf der Straße liegen. Aber auch sonst machen sich seine Nachwehen noch in mannigfacher Weise geltend. Auf dem Verbandstage des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes in Köln wurde die vollständige Arbeitsruhe als würdigste Form der Maifeier erklärt, und soll natürlich demgemäß künftighin gehandelt werden. Die dadurch entstehenden Unkosten für Unterstützungen an Ausgeperrte soll trotz lebhaften Widerspruchs der Verbandsbeamten die Kasse des Holzarbeiterverbandes tragen. Das heißt: die sozialdemokratische Partei macht die Zeche und die „freien“ Gewerkschaften bezahlen sie.

Von besonderem Interesse ist der Konflikt, in welchen der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker mit einem Teil der Buchdrucker-Ortsvereine dadurch geraten ist, daß er zum 1. Mai seinen Festartikel gebracht hat. Es sind deswegen im Vorwärtseingabe Resolutions veröffentlicht worden, zu denen die Redaktion in ihrer letzten Nummer Stellung nimmt. Unter dem Druck von Jena und nach den Beschimpfungen des Gewerkschaftskongresses wäre es ein . . . Akt der Feigheit gewesen, sich bei den Ultras ein Wohlverhaltenszeugnis durch einen Festartikel zum 1. Mai zu erwerben.“ Auch noch andere Gründe, die bereits früher erwähnt sind, seien für die Redaktion maßgebend gewesen. Aber selbst vom rein praktischen Standpunkte aus habe sie richtig gehandelt. Denn was nützen ein paar schöne Gedanken im „Korrespondent“, wenn nicht auch „die würdige Form der Maifeier, die Arbeitsruhe“, durchgeführt wird. Diese Arbeitsruhe gedenkt der Verband aber garnicht erzwingen zu wollen, wie die Beschlüsse der Bauvorsteherkonferenz beweisen.“ Im übrigen werden die Parteiorgane, die mit Schimpfungen die gegen die Redaktion gerichteten Resolutions abdrucken“, daran erinnert, daß auch eine Reihe anderer

60 bis 66 pCt. Frauen. Chaffleton gehört der neuen unabhängigen Arbeiterpartei im englischen Parlament an. Er ist Sozialist, aber er betonte ausdrücklich, daß sich sein Gewerksverein nicht in die parteipolitische Sache hineinmische.

Die Kommission hatte in London ferner noch eine einstündige Audienz bei dem englischen Handelsminister im Beisein seiner Käte, in welcher ein Meinungsaustrausch über deutsche und englische Arbeitsverhältnisse erfolgte. Die durchaus zwanglose Form und Art dieser Audienz kann unseren deutschen und speziell den preussischen Ministern zur Nachahmung nur empfohlen werden. Es würde dann manches bei uns besser sein. Aber das wird bei uns wohl noch sehr lange dauern, ehe man die alten Vorurteile und Formalitäten abstreift.

Weiter wurde die Kommission noch von dem Lord James Herford empfangen, der lange Zeit als Schiedsrichter des Einigungsamtes der Kohlenbergleute fungierte und der unverbohlen seiner Freude Ausdruck gab, daß auch deutsche Arbeiter bestrebt sind, dem Gedanken der Einigung näher zu treten.

Den Schluß der Reise bildete für die Kommission ein Abend bei S. und B. Webb, dem bekannten Schriftstellerehepaar, welches nach jahrelangem Studium der Arbeitsverhältnisse das Buch über die englischen Trade Unions geschrieben hat. Das Buch ist auch in deutscher Sprache erschienen und wird gewiß einem großen Teil unserer älteren Verbandsgenossen bekannt sein.

Die Ergebnisse der Reise in ihren Einzelheiten zu schildern, wird ein Hauptpunkt der Tagesordnung auf der diesjährigen Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform sein. Soviel jedoch kann heut an dieser Stelle gesagt werden, daß auf Grund der in England eingerichteten Einigungs- und Schiedsämter Streiks und Aussperrungen von größerer Bedeutung daselbst der Vergangenheit angehören dürften. Der Verkehr der Arbeiter mit den Unternehmern, der Arbeiterssekretäre mit den Sekretären der Arbeitgeberorganisationen, die beiderseitige Anerkennung und Gleichberechtigung beider Produktionsfaktoren, die zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Arbeitgeberern bestehenden Conciliation and Arbitration-Boards (Einigungs- und Schiedsämter) mit festgelegter Organisationsform, alles das läßt den Ausbruch größerer Differenzen, wie wir sie in Deutschland zurzeit in der Metallindustrie durchmachen müssen, in England als ausgeschlossen erscheinen. Grundlage und Vorbedingung für derartige Einrichtungen ist aber die gegenseitige Anerkennung der Arbeiter- und der Arbeitgeberorganisationen: ohne eine solche ist selbstverständlich auch jede Einigung und Vereinbarung unmöglich. Aufgabe der betreffenden Organe wird es nun sein, das herauszuschälen, was für deutsche Verhältnisse paßt. Möge es gelingen, auch für Deutschland in nächster Zeit die entsprechenden Einrichtungen zur Einigung in die Praxis zu übertragen!

Die amerikanischen Gewerksvereine.

In Deutschland und England weisen die Arbeiterorganisationen ziemlich dieselbe Höhe der Mitgliederzahl auf als die Gewerksvereine in Amerika. Die Verfassung der amerikanischen Gewerksvereine gleicht ebenfalls denen in England und Deutschland. Es gibt dort lokale, nationale und internationale Berufsvereinigungen. Desgleichen bestehen nach dem Muster unserer Ortsverbände Bezirksvereinigungen, welche die Aufsicht über die örtlichen Gruppen führen. Die sämtlichen Gewerksvereine wieder bilden den amerikanischen Arbeiterbund (American Federation of Labor), der im Jahre 1896 gegründet wurde und dessen gegenwärtiger Präsident Samuel Gompers ist. Unter den erwähnten internationalen Berufsvereinigungen sind nicht solche zu verstehen, die sich auf alle Kulturstaaten ausdehnen. Diese führen ihren Namen nur deshalb, weil sie Ortsvereine in Kanada und Mexiko haben.

Durch die überaus große Einwanderung ausländischer Arbeiter haben die Gewerksvereine einen schweren Kampf zu führen. Sind doch im Gewerksverein der Bergarbeiter zwanzig verschiedene Nationen und Sprachen vertreten. Die Ortsvereine lagen in drei, ja noch mehr Sprachen, die Statuten sind in neun verschiedenen Sprachen gedruckt und Dolmetscher halten das kameradschaftliche Gefühl aufrecht. Man muß den Führern Anerkennung dafür zollen, daß sie aus einer so zusammengesetzten Masse ein dauerndes Ganzes zu machen wußten. Wie sehr aber die starke Zunahme von Ausländern die Gewerksvereinsführer verstimmt, geht aus folgendem Schmerzensruf hervor: „Nach 75 Jahren Agitation und Erziehung hat die Gewerksvereinsbewegung es dazu gebracht, 2 1/2 Millionen amerikanischer Arbeiter zu organisieren. Sie hat gekämpft für einen verständig bemessenen Arbeitstag und einen anständigen Lohn. Sie hat gekämpft für gehobene Lebenshaltung und selbstbewußte, unabhängige Männlichkeit. Und nun werden in fünf Jahren, nur fünf Jahren, 5 1/2 Millionen unorganisierter, unterzogener, unamerikanischer Arbeiter in das Land hineingelassen, um mit unsern Arbeitern zu konkurrieren, um für wenig Geld lange zu arbeiten, um unsere Lebenshaltung herunterzujagen, um in jeder Weise die große Arbeit, die von den Gewerksvereinen vollbracht ist, zu bekämpfen.“

Die Antipathie der amerikanischen Gewerksvereinsführer gegen dies Uebermaß von Einwanderern ist menschlich begreiflich, zumal hauptsächlich in den letzten Jahren Rußland, China, Italien, Galizien und Ungarn das Hauptcontingent aller Einwanderer stellten. Gegen die lohnrückdrückende

Wirkung dieser großen Einwanderung führten sie das „Label“ ein. Es ist dieses ein gedruckter Papierstreifen, der auf die von organisierten Arbeitern hergestellten Waren oder deren Packung befestigt wird. John Mitchell, der Vorsitzende der vereinigten Bergarbeiter, teilt in seiner Zeitschrift „Organisierte Arbeit“ mit, daß niemand ein Hemd auf dem Körper zu tragen wünscht, oder eine Zigarre in den Mund zu stecken, die nicht ein „Label“ aufweisen. Die Zigarrenarbeiter führten diese Schutzmarke zuerst 1874 ein, infolge der großen Einwanderung von Chinesen und deren lohnrückdrückende Konkurrenz. Den Gewerksvereinen hat das „Label“ große Dienste geleistet. Andererseits gewährt das „Label“ dem Käufer eine gewisse Garantie für die Qualität der Ware und einen Schutz vor ansteigenden Krankheitsleimen aus Schwitzbuden. Die Zigarrenmacher z. B. bringen kein „Label“ auf Zigarren an, die unter 80 Mt. das Tausend verkauft werden. Sie vertrieben im Jahre 1900 22 315 000 Stk. Außer diesem Gewerbe haben fast alle Berufe das „Label“ eingeführt.

Den Unternehmern war diese Kontrolle durch das Publikum sehr unangenehm. Sie versuchten daher das „Label“ zu fällen. Die Gewerksvereine drangen darauf, diese Nachahmung solle unter Strafandrohung verboten werden. Es ist ihnen auch dieses insofern gelungen, als fast sämtliche Einzelstaaten Strafgesetze erließen, wonach jede Nachbildung des „Label“ bei Strafe verboten wurde. Auch wurde es durchgeführt, daß das „Label“ sofort von den Arbeitern nach Fertigstellung der Waren an diesen angebracht werde. Wie streng die Gewerksvereiner auf den Schutz der von ihnen hergestellten Waren achten, beweist ein Fall aus neuerer Zeit. Die Gewerksvereiner von Minneapolis erhoben Protest gegen den Verkauf von Wehl zur Stillung des Hungers der Mittel- und Obdachlosen von San Francisco, weil dasselbe nicht das Produkt von Gewerksvereineren war. Einsichtiger dagegen waren die Bauhandwerker der zerstörten Stadt. Da es unmöglich war, ohne Hilfe von unorganisierten Arbeitern die Stadt wieder aufzubauen, einigte man sich dahin, von dem bisherigen Prinzip abzugehen und zusammen mit den unorganisierten Arbeitern San Francisco wieder aufzubauen.

Für uns Deutsche mag manches von dem hier Ausgeführten wunderbar erscheinen. Es muß aber bemerkt werden, und diese Anerkennung kann den amerikanischen Gewerksvereinen nicht vorenthalten werden, daß es ihnen gelungen ist, eine strenge Disziplin unter einer internationalen Arbeiterschaft durchzuführen. In den heimatischen Verhältnissen kostet es schon eine große Arbeitskraft, auch nur eine verhältnismäßig kleine Zahl fremdsprachiger Arbeiter unter einen Hut zu bringen.

Ueber die Stärke der amerikanischen Gewerksvereine bringt das „Reichsarbeitsblatt“ eine ausführliche Schilderung. Die Mitteilungen beziehen sich auf Berichte solcher Organisationen, die dem Arbeiterbund angegliedert sind. Die Zahl derselben beträgt zurzeit 118. Der größte Verband innerhalb des Bundes ist der der Bergarbeiter, welcher im Jahre 1905 261 900 Mitglieder zählte. Nur noch eine Organisation zählt über 100 000 Mitglieder, nämlich die der Zimmerer (Brüderchaft) und zwar 143 200. In einigem Abstände folgen die Zuhrlente mit 78 300, dann die Maler, die Handelsangestellten, die Majchinisten und die Drucker, deren Mitgliederzahl sich auf ungefähr je 50 000 bezieht. Weitere 35 Verbände zählten mehr als je 10 000 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder aller Verbände, welche dem Bunde angeschlossen sind, betrug im Jahresdurchschnitt 1 513 200 im Jahre 1905 gegen 1 676 200 im Jahre 1904; es trat daher ein Rückgang um etwa 10 pCt. gegen das Vorjahr ein.

Der Rückgang wird zum Teil auf die vielen millionenfachen Streiks zurückgeführt. Die Zahl der Streiks, an denen Mitglieder des Bundes im Verwaltungsjahre 1905 beteiligt waren, wird auf 1157 angegeben, deren Kosten im Berichtsjahre ungefähr 2,5 Millionen Dollar (10 Mill. Mark) betragen haben.

Das Unterstützungswesen ist in den amerikanischen Gewerksvereinen äußerst mangelhaft ausgebildet. Die wesentlich höheren Löhne liegen vielleicht das Bedürfnis danach nicht so hervortreten. Gompers, der Vorsitzende des Bundes, führte in der Jahresversammlung des Bundes für 1905 aus:

„Ich erachte es als meine Pflicht, die Gewerkschaften von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß es gilt, unsere Verbände von größerem Nutzen und Vorteil für die Arbeiter zu machen, nicht nur was Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen betrifft, sondern auch durch Einführung eines Systems von Unterstützungen für die Mitglieder in allen Notfällen. Um das zu erreichen, müssen freilich erst die Beiträge erhöht werden. Es besteht kein guter Grund, warum unsere Organisationen nicht neben dem Schutz der beruflichen Interessen den Arbeitern die Zahlung einer Unterstützung im Falle der Krankheit, der Arbeitslosigkeit, auf der Reise, im vorgerückten Alter usw. sichern sollen.“ Gompers meint, wenn die Arbeiter die Summen, welche sie jetzt privaten Versicherungsgesellschaften zustellen lassen, in den Gewerksvereinen anlegen, so würden sie einsehen, daß sie dabei weit besser fahren. Ob die Entwicklung sich in dieser Richtung bewegen wird, bleibt abzuwarten. Im Jahre 1905 zahlten die dem Bunde angeschlossenen Gewerksvereine 6 304 000 Mt. an Unterstützungen aus. Diese Beträge schließen indessen nicht, wie besonders hervorgehoben wird, die zahlreichen Unterstützungen ein, welche von den vielen lokalen Vereinigungen und Berufsgruppen der nationalen Gewerksvereine gezahlt worden sind, da über diese Verbände keine statistischen Angaben vorliegen.

Aufregung. Wenn auch das Königspaar selbst unberleht geblieben ist, so sind dem Anschlag doch zahlreiche Unschuldige zum Opfer gefallen. Soll doch die Zahl der Getöteten 20, die der Verletzten 50 überschreiten, und wer kann sagen, wie viele von den letzteren mit dem Leben davon kommen. Der Attentäter hat sich bei seiner Verhaftung erschossen, nachdem er den mit der Festnahme beauftragten Gendarmen durch einen Revolvererschuß geädert hatte. Es darf wohl mit Bestimmtheit angenommen werden, daß der Bombenwerfer einer jener internationalen Anarchisten ist, die von Zeit zu Zeit die Welt mit einer Schreckenstat in Unruhe versetzen. Ganz abgesehen von dem entsetzlichen Verlust an Menschenleben, der natürlich vom rein menschlichen Standpunkt aus auf das allerstiefte zu beklagen ist, muß eine solche Tat auch deswegen aufs schärfste verurteilt werden, weil dadurch eine Besserung der Verhältnisse niemals erreicht werden kann, im Gegenteil, in der Regel eine Verschlechterung der politischen Zustände die Folge ist.

Ein Vorstoß gegen die Tarifbewegung. Die Tarifverträge sind den Schmarinaden aller Schattierungen von jeder ein Dorn im Auge gewesen, weil in jedem Tarifvertrag indirekt eine Anerkennung der Arbeiterorganisation liegt. Man wird es daher verstehen, wenn der geistige Erbe des Freiherrn von Stumm, Dr. Alexander Tille, Handelskammersekretär in Saarbrücken, jede Gelegenheit benützt, um der erfreulicherweise immer weiter um sich greifenden Tarifbewegung Hindernisse zu bereiten. Jetzt, wo die Neuregelung des Tarifs im Buchdruckerberufe unmittelbar bevorsteht, richtet er nach dieser Seite seinen Angriff, vielleicht in der Hoffnung, sozialpolitisch weniger einsichtige Buchdruckerbesitzer von der Tarifgemeinschaft fern halten zu können. Das Mittel, dessen sich der Herr bedient, ist der geschäftliche Boykott. Er hat nämlich die hinter ihm stehenden Industriellenverbände des Saargebietes veranlaßt, an die Mitglieder ein Rundschreiben zu richten, dem ein Verzeichnis der tariffreien Druckereien Süddeutschlands beigegeben ist und sie zu ersuchen, nach Möglichkeit ihre Druckaufträge an erster Stelle tariffreien Druckereien zuzuwenden, um diese in ihren schweren Kämpfen gegen die „Tarifnechtschaft“ zu unterstützen. Zugleich sollen die übrigen wirtschaftlichen Vereine und Arbeitgeberverbände der deutschen Industrie, welche Gegner der „Tarifnechtschaft“ sind, bezw. unter Anführung eines Verzeichnisses der tariffreien Druckereien ihres Bezirkes aufgefordert werden, in demselben Sinne Stellung zu nehmen und auch ihre Druckerarbeiten nur durch tariffreie Druckereien ausführen zu lassen.

Die Antworten, die Herrn Dr. Tille auf dieses Rundschreiben hin aus den beteiligten Kreisen heraus bisher zugegangen sind, lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Namentlich aus Prinzipal- freien ist die sozialpolitische Rückständigkeit des Herrn in glänzender Weise gekennzeichnet worden, so daß es sich für uns erübrigt, näher darauf einzugehen. Das Eine aber steht fest, daß es weder Herrn Dr. Tille noch seinen Gefinnungsgenossen gelingen wird, den Sieges- lauf der Tarifbewegung aufzuhalten.

Die Klagen der Angestellten von Konsumvereinen, die unter sozialdemokratischer Leitung stehen, wollen nicht verstummen. Wo eine Konferenz dieser Angestellten stattfindet, da wird auch stets leb- hafte Beschwerde geführt, besonders über mangelhafte Bezahlung. Auch auf dem Verbandstage sächsischer Konsumvereine, der in diesen Wochen in Merane tagte, beklagte man sich darüber, daß die Konsum- vereinsverwaltungen den auf verantwortlichen Posten stehenden Vagelhaltern zu wenig Vertrauen entgegenbrächten und dieselben schlecht, zum Teil erschreckend schlecht bezahlten. Auch mit dem Verband der Handels- und Transportarbeiter hat es deswegen schwere Differenzen gegeben, so daß man sich jetzt gezwungen sieht, den Weg des Tarifvertrages zu beschreiten. Der Verbandstag der sächsischen Konsumvereine sprach sich energisch dafür aus, sowie für die Errichtung eines Tarifamtes zur Ueberwachung der abgeschlossenen Verträge. Es wäre erfreulich, wenn die Beamten auf diese Weise ein menschenwürdiges Auskommen erhielten, das sie von ihren Gefinnungsgenossen auf anderem Wege nicht erreichen könnten.

Mit der Stellenvermittlung im Gastwirts-, Schlächter- und Bäckerberufe hat sich eingehend der Ausschuss des Berliner Gewerbe- gerichts für Gutachten und Anträge beschäftigt. Aus dem von der Ausschusskommission erstatteten Bericht geht hervor, daß im Stellen- vermittlungswesen geradezu unerhörte Zustände herrschen. Es werden durchweg unermesslich hohe Gebühren gezahlt, die tariflichen Sätze, soweit solche bestehen, werden nicht beachtet bezw. bedeutend überschritten. Die höchsten Gebühren entrichten Kellner, Hotelportiers, Oberkellner in Cafés. In zahlreichen Fällen unterbreiten die Stellen- vermittler gleichzeitig Gastwirtschaft: sie setzen dann einen Buffetier ins Geschäft. Häufig sind die Stellungsfindenden auch gezwungen, den Buchhalter der Stellenvermittler eine Extravergütung zu ge- währen. Ist der Stellenvermittler zugleich Gastwirt, so veranstaltet er auch Abendessen, sogenannte Nepp-Essen, bei denen den Stellenbe- werbern das Geld aus der Tasche gezogen wird. Neu ist, daß ähnlich die Frauen der Stellenvermittler sogenannte Geburtstagsfeiern veranstalten. Vielfach wird ferner den vor einigen Wochen Unter- brachten eine bessere Stelle versprochen; er wird aus seiner Stelle wieder herausgezogen; alles dies aber nur des Gewinnes wegen. Das Interesse, welches der Vermittler hierbei anscheinend zur Schau

trägt, die Leute so gut wie möglich zu plaziern, ist nur ein er- heucheltes. Auf's Schärfste zu rügen ist auch die Unstille, Klautionen zu fordern, denn die Existenz eines großen Teils der Gastwirte ist selbst nur auf Pump bei Schlächtern, Bäckern und anderen Lieferanten aufgebaut. Im Cafetier-Gewerbe ist eine Vermittlungsgebühr von 150 Mk. nichts seltenes. Kellnerinnen zahlen durchschnittlich 3 bis 5 Mk. für die Beforgung einer neuen Stelle. Die Kellnerin zählt nicht, kann dies auch meist nicht auf einmal zahlen. In der Regel zahlt sie beim Vermittler bis zu 1 Mk. an; dann werden ihr aber jeden Morgen vom Gastwirt 30 Pfg. vom Markengeld abgebogen, bis der Rest der Gebühr erreicht ist. Es sorgt hier also der Gastwirt dafür, daß der Stellenvermittler zu seinem Gelde kommt.

Wie im Gastwirtsberufe, so liegen die Dinge aber auch im Bäcker- und Schlächtergewerbe sehr trübe. Arge Mißstände herrschen vor allem auch bei den Bäckern. Dort werden in der Januar über den Stellen- nachweis nicht einmal Blätter geführt. Noch schlimmer aber steht es mit dem Arbeitsnachweis im Schlächtergewerbe. Dort existiert über- haupt kein Buch. Jemand ein ehemaliger, bankrott gegangener Meister leitet dort den Nachweis. Bei den Bäckern werden gleichzeitig Ver- tragsvermittlungsgeschäfte betrieben. 89 Mk. beträgt die Summe, die hier als höchste für eine Vermittlung von der Kommission festgesetzt worden ist. Die aufgedeckten Schäden sind in den aufgeführten Ge- werben überall dieselben; am schärfsten treten sie im Gastwirtsberufe zutage.

Nach längeren Beratungen beschloß der Ausschuss: „Dem Stellen- vermittlungswesen im Gastwirtsberufe ist nur durch ein gänz- liches Verbot jeder Stellenvermittlung gegen Entgelt oder dem gleich zu achtende Auf- bezw. Zuwendungen durch Reichsgesetz zu steuern. Die Stellenvermittlung und der Arbeitsnachweis ist durch Reichsgesetz (Arbeitsämter) zu regeln und muß einen öffentlich-rechtlichen Charakter erhalten.“ Dieser Antrag wurde dem Handelsministerium übermittelt, das sich zurzeit mit der Frage des Vermittlungswesens beschäftigt.

Arbeiterbewegung. Das Gespenst einer Aussperrung in der Metallindustrie, das vor dem Pfingstfeste über den Metallarbeitern schwebte, ist, wie auch an anderer Stelle erwähnt, spurlos an diesen vorübergegangen. In Dresden, Hannover und Braunschweig wurde der Friede wieder hergestellt, und in Breslau nahmen die Gewer- vereiner am 6. Juni die Arbeit wieder auf. Auch in Dresden scheinen die bei einzelnen kleinen Betrieben noch schwebenden Differenzen endgültig beseitigt zu sein. — In Ulm streiken 330 Maurer, desgleichen sind in Düren (Rheinland) alle organi- sierten Maurer ausgesperrt worden. Die Maurer in Keut- lingen haben nach mehrwöchentlichem Kampfe mit den Arbeitgeber- n einen Tarif abgeschlossen, wonach allen Maurern über 19 Jahr ein Stundenlohn von 42 Pfg. zugestanden wurde. Der Lohnstand im Baugewerbe zu Hirschberg ist gleichfalls beendet. Der Lohn wurde von 36 Pfg. auf 38 Pfg. erhöht und beträgt für nächstes Jahr 40 Pfg. — Die Maurer in Hamburg schlossen mit den Arbeit- gebern einen Tarif ab, wonach vom 1. Juli d. J. ab ein Stunden- lohn von 80 Pfg. gezahlt wird. Der Vertrag hat eine Gültigkeits- dauer bis 1908. Der von den Maurern gemachte Versuch, schon jetzt die Vereinbarung zu treffen, daß nach dem 1. Juli 1908 die 8 1/2-stündige Arbeitszeit mit einem Stundenlohn von 85 Pfg. in Kraft tritt, wurde von den Unternehmern abgelehnt. — In 19 Ortschaften der Umgegend von Pirzburg haben die Steinhauer die Arbeit niedergelegt. — In Leipzig sind die Stülkatoren in den Ausschuss getreten, um die achtstündige Arbeits- zeit, einen Minimallohn von 6 Mk. für Werkstubearbeiter, 7 Mk. für Bauarbeiter und 3 Mk. Extrazuschlagung für Arbeiten nach auswärts zu erringen. — Die Glasergesellen von Mannheim und Umgegend sind in eine Lohnbewegung einge- treten. Sie verlangen 9stündige Arbeitszeit, 40 Pfg. Mindestlohn, 50 Pfg. Stundenlohn für Gesellen über 20 Jahre. Für Arbeiten außer der Werkstat soll ein Zuschuß von 5 Pfg. pro Stunde ge- währt werden. Außerdem wird die Freigabe des 1. Mai als Feiertag verlangt. — In Gerresheim (Rheinland) haben die Be- sitzer der dortigen Glashüttenwerke ihren Arbeitern vom 1. Juli ab eine zehnprozentige Lohnzulage angeflündigt. Die Werke be- schäftigen mehrere tausend Arbeiter. — Die Lederarbeiter in Neustadt a. d. Orla unterbreiteten den Fabrikanten die Forder- ungen auf Einführung einer 10stündigen Arbeitszeit und einer zehnprozentigen Lohnerhöhung. Da beides abgelehnt wurde, kün- digten zunächst in sieben Betrieben die Arbeiter selbst, worauf die Unternehmer in weiteren 23 Betrieben die Arbeiter aussperrten. Die Arbeitgeber haben sich bei einer konventionellstrafe von 1000 Mk. verpflichtet, keinen organisierten Arbeiter einzustellen. — In Leipzig haben die zum Schupverband gehörigen Steindruckerbesitzer in- folge des Lithographenstreiks 700 Arbeiter ausgesperrt. Etwa ebenso viele Hilfsarbeiter werden von der Aussperrung mit betroffen. — Im Greizer Textilgewerbe herrscht zwischen Unternehmern und Ar- beitern wegen der neuen Arbeitsordnung ein gespanntes Verhältnis. Die Arbeiter beschloßen, bei günstiger Geschäftskonjunktur den Kampf gegen diese Arbeitsordnung aufzunehmen. — Der Streik der Barbier- und Friseur- in Mannheim und Posen ist mit einem Teilerfolg für die Gehilfen beendet; dagegen werden in Berlin noch mehrere Einzelstreiks geführt. — In Dortmund besteht seit einigen Tagen ein Straßenbahner-

streik, der namentlich während der Feiertage eine erhebliche Beschränkung des Verkehrs zur Folge gehabt hat. Der Betrieb wird nur mit Hilfe von einigen Schuljungen aufrechterhalten, die früher selbst einmal bei der Straßenbahn beschäftigt waren, sowie von arbeitswilligen Konduktoren. Im ganzen fahren von 90 Wagen 12, und auch diese nur unter polizeilicher Bedeckung. Die Verwaltung der Straßenbahn verhält sich gegenüber den Forderungen der Angestellten völlig ablehnend, die Bürgerchaft sieht jedoch offensichtlich mit ihren Sympathien auf Seiten der Streikenden. — Eine ausgedehnte Bewegung steht in der Niederläufigen Textilindustrie bevor. Die Arbeiter halten den Fabrikanten Forderungen eingereicht auf Verkürzung der Arbeitszeit und auf eine bescheidene Lohnerhöhung. Die Antwort wurde bis zum 1. Juni erbeten. Bewilligt ist seitens der Fabrikanten so gut wie nichts, denn die scheinbar gewährte einhalbstündige Arbeitszeitverkürzung wird dadurch wieder wettgemacht, daß die bisherigen Frühstücks- und Vesperpausen ausfallen sollen. Am Lohn ist auch nicht ein Pfennig Aufschlag bewilligt worden. Die Situation ist dadurch sehr kritisch geworden, und der Streik scheint kaum zu vermeiden zu sein.

Das Martener Eisenwerk (bei Dortmund), eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, hat vor mehr als 2 Jahren liquidieren müssen. Ein eigenartiger Vorgang rief die Erinnerung an dieses Pflanzwerk von neuem auf. Die Direktion hat eine Unterstützungskasse für die Arbeiter begründet und den ersten Betrag dafür in die Sparkasse zu Lütgendorfmünde gebracht. Nun möchte der Liquidator das Geld zu Gunsten der Gläubiger erheben, die geschädigten Arbeiter könnten sich ja an ihn wenden. Die Sparkasse weigert sich, die für Unterstützungszwecke der Arbeiter gestiftete Summe zur Befriedigung der Gläubiger des Werkes herauszugeben und auf eine Klage gegen die Sparkasse hat das Landgericht der Sparkasse Recht gegeben, da die Unterstützungskasse lediglich im Interesse der Arbeiter eingerichtet gewesen sei. Ob aber die damaligen Arbeiter des in Konkurs geratenen Werkes von der Summe etwas bekommen werden, ist auch recht zweifelhaft, weil ein eigentlicher Vorstand nicht bestand und nur ein Angehöriger des Werkes die Kasse verwaltete.

Die Fortbildungsschule des Berliner Handwerker-Vereins, C. Sophienstraße 18, eröffnet jetzt neue Kurse in kaufmännisch-gewerblichen, technischen und elementaren Unterrichtsgegenständen. Der Verein, welcher durch seine rege Tätigkeit auf dem Gebiete der Bildungsbestrebungen in den weitesten Kreisen bekannt ist, läßt es sich angelegen sein, in tüchtiger Berufsbildung und Fachbildung und nicht zuletzt in künstlerischer Durchbildung allen Lernbegierigen den richtigen Weg zu weisen. Die Erteilung des Unterrichts in Vierteljahreskursen mit scharf abgegrenzten Zielen sowie die mäßige Frequenz der Kurse ermöglichen es selbst Vermehrenden in vorgerücktem Alter, fühlbare Früchte ihrer Bildung in kürzester Zeit auszufüllen. Die Einrichtung, gleichzeitig auch dem weiblichen Geschlechte eine selbständige Berufsbildung zu vermitteln, erfreut sich wachsender Beliebtheit. Die Zeit des Unterrichts von 8 1/2 bis 10 Uhr und am Sonntag Vormittag sowie die Lage der Anstalt im Zentrum der Stadt dienen zur weiteren Empfehlung. Anmeldungen werden entgegengenommen an den Vereinsabenden Montags, Mittwochs und Sonnabends.

Gewerkvereins-Zeil.

§ Danzig. (D.-B. der Löffler.) Seit dem Jahre 1900, wo durch vierwöchentlichen Streik eine Lohnerhöhung von 7 1/2 pCt. erzielt wurde, wird in jedem Frühjahr die Lohnfrage durch den Gewerkschaftsrat, dem bis zum vorigen Jahre auch ein Mitglied des Ortsvereins angehörte, durch Verhandlung mit der Löfflerinnung zu regeln versucht. Im vergangenen Jahre war ein Erfolg von 3—10 pCt. Lohnerhöhung für Eisen- und Handseilarbeiten durch Vereinbarung in friedlicher Weise erreicht. Jetzt ist wiederum, nachdem der Zentralverband bei uns anfragte, wie wir uns zur Kündigung des Lohnsatzes stellen, von beiden Vereinen ein ganz neuer, um etwa 15 pCt. erhöhter Tarif ausgearbeitet und der Janung zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Verhandlungen ergaben folgendes: Der neue Tarif wird weder von der Löfflerinnung noch vom Verein der selbstständigen Eisenleger angenommen. Die Janung hat aber den Beschluß gefaßt: Der bisherige Tarif wird bis zum 1. Januar 1908 mit 5 pCt. Lohnerhöhung beibehalten. Etwaige Änderungen werden, falls solche von beiden Seiten gewünscht, im Laufe des nächsten Jahres geregelt und treten nach diesem Zeitpunkt in Kraft. Würde dieses Angebot nicht angenommen, so sollte am 21. Mai d. J. eine Aussperrung derjenigen Arbeiter stattfinden, die sich nicht schriftlich diesen Lohnbedingungen fügten. Es kommen etwa 170 Arbeitnehmer in Betracht, davon gegen 50 im D.-B. organisierte, die übrigen sind im Zentralverband. In der öffentlichen Löfflerversammlung, die am 16. d. Mts. tagte, war seitens des Zentralverbandes Herr Brunsel-Berlin anwesend. Derselbe erklärte die Gründe, weshalb der Versuch der Einigung in diesem Jahre die Streikunterstützung nicht bewilligt werden kann.

Einmal sollen die kleineren Orte Lohnaufbesserungen durchführen können; und dann wäre auch die Anzahl der augenblicklich streikenden Streiks zu berücksichtigen, denen in nächster Zeit sich noch eine größere Anzahl von Orten beigesellen wird. Von 99 Anwesenden stimmten für die Annahme der bewilligten 5 pCt. Lohnerhöhung 50 Personen mit ja, 49 mit nein. Die bisher gebrauchte Redensart, der Zentralverband holt für den D.-B. die Kassen aus dem Feuer, kann auch hier wieder einmal nicht gebraucht werden, denn bei den Verhandlungen traten weder aus beiden Vereinen auf, die eine Arbeitsunterstützung auch ohne Streikunterstützung befristeten. — Der Verbandsvorsitzende aus Berlin erwiderte sich mit seinen

Ausführungen nicht die Sympathie seiner Genossen, die ihren Verein als einen „Kampfverein“ bezeichnen; aber es gilt als ein erfreuliches Zeichen, daß auch dort Kollegen vorhanden sind, die, im Grunde genommen, auf dem Prinzip der Gewerksvereine stehen. Hoffentlich gelingt es in nächster Zeit, die Kollegen von der Zweckmäßigkeit zu überzeugen, daß es eine berechtigte Forderung des D.-B. ist, seiner Sache entsprechend, mindestens aber durch eine Person im Gesellen-Ausgleich vertreten zu sein.

§ Mainz. Die vom Ortsverband einberufene öffentliche Arbeiterversammlung im Saalbau „Krausenlob“ am Freitag, 18. Mai 1906, war überaus zahlreich besucht, so daß der Saal die Teilnehmer kaum fassen konnte. Punkt 8 Uhr eröffnete der Vorsitzende Mater die Versammlung mit üblicher Begrüßung und einer Erläuterung des Zweckes der heutigen Versammlung und übergab dem Referenten Kollegen Meffat das Wort zu seinem Vortrag: „Der Kampf um unsere Rechte“. In 34-minütiger Rede behandelte er die Frage des Arbeiterrechts, die aufgelegten Pflichten und dann die so fein wieder streichbaren „Rechte“, welche erst zum Gesetz gemacht, aber zu gewissen Zeiten dann als Gesetz „außer Kurs“ gesetzt werden. Und dies trifft ganz besonders bei den sogenannten Betriebs-Wohlfahrts-Einrichtungen zu, welcher Art und Natur diese auch seien. Zum Schluß machte er den Nichtorganisierten den Vorwurf, ihre Pflicht in bezug auf Person und Familie so gründlich verletzt zu haben, und mahnte, bei Eintritt in ein anderes Arbeitsverhältnis sich zu organisieren, aber nur da, wo ihre wirtschaftlichen Interessen am besten gewahrt werden auf neutralem Boden, und teils gleichzeitig mit, daß der Ortsverband die Rechte seiner Mitglieder, sowie der anderen juristisch am richtigen Platz vertreten werde. „Abhört“ Beifall wurde diesen Ausführungen im reichsten Maße gezollt. Zur Diskussion meldete sich kein Gegner. Kollege Herrmann ergriff das Wort, um einige sinnreiche Illustrationsproben des früher so umschwärmten und gepriesenen Mittels der „Wohlfahrts-Einrichtung“ der Versammlung vor Augen zu führen. Auf Antrag des Referenten wurden sodann 4 Mann aus der Versammlung gewählt, welche allen „Beratungen“ des Vorstandes beizuwohnen müssen und Sip und Stimme in dieser Sache erhalten. Um 9 1/2 Uhr war Schluß dieser großartig verlaufenen Versammlung und riefen sich mehrere Ausnahmen vorzuziehen. Nächste Versammlung in 10 Tagen.

§ Waldburg. (Graphische Berufe und Mater.) Am Sonnabend, 12. Mai, fand in unserem Vereinslokal eine zahlreich besuchte Versammlung statt. Der Herr Vorsitzende, Genosse Hartenbach, gab wie üblich die Tagesordnung bekannt und stellte besonders in den Vordergrund des Interesses den Beschluß des Generalrates vom 1. Mai. Demnach soll unser Ortsverein in eine schwankende Lage geraten. Kassierer sowie Revisoren wurden zur Verantwortung gezogen und brachten dieselben glaubwürdige Entschuldigungen vor. Die Versammlung beschloß, dies alles dem Generalrat durch den Schriftführer mitzuteilen und zu erwidern, da doch die Abhilfe jetzt gemacht sind, im „Gewerkverein“ eine Gegenklärung zu erlassen. Anlaß zur Debatte gab auch Punkt 5 des Generalratsprotokolls. Eher müßte Punkt 2 zurückgehen, wo es sich um Privates handelt als da, wo man Gewerksvereiner aufs gröslichste beschimpft, ihnen den Rechtschutz verweigert. Als Gast konnten wir in später Stunde noch unsern Rebellator Goldschmidt begrüßen, der sich dahin aussprach, daß ein Erfurter Gericht allerdings das Wort „Streikbrecher“ nicht für strafbar erklärt habe, andere Gerichte hätten aber im Gebrauch dieses Wortes gegen einen Mitarbeiter eine strafbare Handlung gesehen. Nachdem sich Herr Goldschmidt von der Versammlung verabschiedet mit nochmaliger Ermahnung zur eifrigsten Arbeit für die Sache der Gewerksvereine, wurde die Versammlung in vorgerückter Stunde geschlossen.

Frank Dibri, Schriftführer.

Verbands-Zeil.

Protokoll des vierten ordentlichen Delegiertentages des Niederschlesisch-Kaufiger Ausbreitungsverbandes. Verhandelt am 6. Mai 1906 zu Bunzlau im Restaurant Tiboli-Bräuerei. Der Vorsitzende des Niederschlesisch-Kaufiger Ausbreitungsverbandes, Genosse Schubert, eröffnete vormittags 11 Uhr die Verhandlungen, denen im Auftrage des Zentralrates Verbandsredakteur Goldschmidt-Berlin beiwohnte. Auf der Tagesordnung stand: 1. Feststellung der Präsenzliste. 2. Prüfung der Mandate. 3. Wahl des Bureaus. 4. Tätigkeitsbericht. 5. Kassen- und Revisionsbericht. 6. Bericht der einzelnen Delegierten über Agitations- und Arbeitsverhältnisse. 7. Beratung der Anträge. 8. Wahl des Vorortes bezw. des Vorstandes. 9. Wahl des Ortes des nächsten Delegiertentages. 10. Verschidenes.

Nach Verlesung der Präsenzliste und Prüfung der Mandate wurde das Bureau gewählt aus den Genossen Kerner-Kangonäs, 1. Vorsitzender, Schref-Bunzlau, 2. Vorsitzender, Untermann und Dreßler-Wörlich, als Schriftführer. Den Tätigkeitsbericht bringt Genosse Untermann zur Kenntnis, in welchem durch Erheben von den Klagen des Verlustes, den die Gewerksvereine durch den Tod des Herrn Knawals Dr. Max Hirsch erlitten haben, gebacht wird. Ferner ist aus dem Tätigkeitsbericht zu entnehmen, daß der Ausbreitungsverband wieder ein arbeitsreiches Jahr hinter sich hat, wenn auch leider von geringem Erfolg.

Der Zentralratsvertreter Goldschmidt gibt in längeren Ausführungen seine Unzufriedenheit über die Tätigkeit des Ausbreitungsverbandes kund, trotzdem er anerkennen muß, daß mit den geringen Mitteln, welche denselben zur Verfügung stehen, ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet worden ist. Aber er will die richtige Tätigkeit nur darin erblicken, wenn immer tüchtig neue Ortsvereine gegründet werden. Kollege Goldschmidt empfahl überall Vertrauensmänner einzuführen und regen Verkehr mit den Fabrikinspektionen zu unterhalten. Genosse Gähnden gab darauf den Kassierenbericht bekannt, welcher eine Einnahme von 325 Mk. 43 Pfg., eine Ausgabe von 205 Mk. 62 Pfg. und einen jetzigen Bestand von 119 Mk. 81 Pfg. aufwies.

Von sämtlichen anwesenden Delegierten wurden die Agitations- und Arbeitsverhältnisse zur Kenntnis gebracht, wobei meistens über die niedrigen Löhne und lange Arbeitszeit geklagt wurde.

Nach einständiger Mittagspause wurde zur Beratung der Anträge geschlossen. Es wurde beschlossen, daß rebegewandte Kollegen, auch wenn sie nicht

zum Ausbreitungsvorbandausch gehören, sich zur Verfügung stellen und zur Agitation verwendet werden sollen.

Die nächsten Anträge betrafen interne Angelegenheiten des Ausbreitungsvorbandes. Von allgemeinem Interesse war der Antrag des Ortsvereins der Müller-Görlich: „Zum nächstjährigen Verbandstage der Deutschen Gewerksvereine zu beantragen: Erstens die Ausbreitungsvorstände als solche anzuerkennen, zweitens die Berechtigung zum Zusammenschluß mehrerer Ausbreitungsvorstände zu geben, behufs Anstellung beförderter Kräfte“; demselben wurde von juristischen Delegierten zugestimmt.

Als Vorort wurde einstimmig Görlich wiedergewählt. Aus der Vorstandswahl gingen die Gewissen Schubert, erster Vorsitzender, Birks, zweiter Vorsitzender, Hänchen, Kassierer, Untermann, erster Schriftführer, Renner, zweiter Schriftführer, Höer, Ross und Trepler-Görlich, als Beisitzer und Gerlach und Kramer aus Görlich als Revisoren hervor. Die Wahl des Ortes für den nächsten Delegiertentag fiel auf Görlich. Zum Verschiedenen wünschte Genosse Weber-Biltau, daß in Zukunft die Anträge mit der Tagesordnung zuvor zugestimmt werden und die Ortsvereine dem Vorstand die Vertrauensmänner melden.

Nach Erledigung weiterer interner Angelegenheiten und mit der Anforderung, fest zusammen zu halten, schloß der Vorsitzende, Genosse Remmer-Bangens, die Verhandlungen um 7 1/2 Uhr abends.

Mar Untermann, Schriftführer.

IV. Leistung

über eingesandte Spenden zur Errichtung eines Denkmals für unsern verstorbenen Anwalt Dr. Max Hirsch.

Zigarren- und Tabakarbeiter: Magdeburg 21.20, Heidelberg 11.00, Kottbus 10.00, ... Fabrik- und Handarbeiter: Kottbus 4.10, ...

Um baldige Einfindung der gesammelten Spenden bitten wir genossenschaftlichem Geiz. Berlin, den 5. Juni 1906.

R. Klein, Verbandskassierer.

Veranstaltungen

Berlin. Disfalterklub der Deutschen Gewerksvereine (D.G.V.) ... Disfalterklub der Deutschen Gewerksvereine (D.G.V.) ...

Orts- und Bezirksvereine

Stettin (Disfalterklub der Deutschen Gewerksvereine für Stettin und Umgebung) ...

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis

Mersburg (Ortsverband neu). Karl Reigner, Vorsitzender, ...

Hilmsdorf (Ortsverband). Karl Thunig, Vorsitzender, ...

Briefkasten

Halle a. S. Der dem vorigen sozialdemokratischen Blatt (Nr. 118) den Bericht über den Vortrag unseres Bekannten Goldschmidt in Bitterfeld ...

Anzeigen=Teil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Die Ortsvereine von Hagen i. W. und Umgebung beabsichtigen zum 1. August einen

Arbeitersekretär

anzustellen. Bewerber müssen die nötigen Kenntnisse in der sozialpolitischen ...

Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine

Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Verbandsgenossen!

Allen nach Berlin kommenden Verbandsgenossen empfehlen wir unsere neuen und auf eingerichteten Logierzimmer zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen.

Das Bureau des Centralrats.

Der Gewerkverein Jahrgang 1905 auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken 3,50, sonst 6 Mark.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine. Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Festschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Hahn ...